

Starnberger Bürgerinitiative

"Pro Umfahrung - Contra Amtstunnel" e.V.



DER VORSTAND

Sehr geehrtes Mitglied,
2013

Starnberg, 18. Juni

heute Nachmittag erreichte uns die Pressemitteilung der Stadt Starnberg, dass Verkehrsminister Ramsauer dem Bürgermeister den ersten Bauabschnitt des B2-Tunnel mit Öffnung der Petersbrunner Straße und den Ausbau der Münchener Straße bis zum nördlichen Tunnelportal zugesagt hat, was noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden soll. (siehe Anlage)

Dies werden Sie morgen in der örtlichen Presse mit Jubelgeschrei der Tunnelbefürworter lesen können.

Für uns eine Herausforderung, vehement - auf allen Ebenen - dagegen vorzugehen.

Noch vor ein paar Wochen hat Herr Ramsauer erklärt, dass ein vorgezogener Baubeginn nicht in Betracht kommt.

Hier sehen wir wieder, was Aussagen unserer Volksvertreter wert sind.

Wir sind sicher, dieses Wahlgeschenk an die alten CSU-Granden wird die Orts-CSU noch bitter bereuen. Die Bürger, insbesondere unsere BI-Mitglieder, werden dies bei Ihrer Wahlentscheidung zur Bundes- und Landtagswahl, aber besonders bei der Kommunalwahl zu werten wissen.

Da wir bisher im Stadtrat nicht die Mehrheit haben, mussten wir - wegen Unzulässigkeit eines Bürgerbegehren gegen ein Bundesvorhaben - auf die nächste Wahl setzen, damit dann eine zukunftsorientierte Mehrheit - ohne Bindung zu längst überholten Beschlüssen - eine B2-Umfahrung statt dem B2-Tunnel einfordert.

Die CSU-Stadträte, der Bürgermeister, seine UWG-Genossen und auch der Verkehrsminister wissen, dass wir eine demokratische Entscheidung durch die Starnberger Bürger herbeiführen können und davor haben sie Angst.

Dies versucht man jetzt noch schnell zu unterlaufen.

Die Gruppe der Tunnelbefürworter wollen gar nicht, dass die Bürger mitentscheiden.

genannten Stadträte wollen gar nicht, dass die Bürger selbst entscheiden, sondern sie glauben zu wissen, was für uns Bürger, aber besonders für sie selbst gut ist.

Diese Meldung wird jetzt von der Stadt und den Tunnelbefürwortern als "Startsignal" abgeschossen, das jedoch seine Wirkung aus folgenden Gründen verfehlen wird:

- die Eigentümer der beiden für die Öffnung der Petersbrunner Straße erforderlichen Grundstücke sind nicht bereit zu verkaufen. Dies haben sie uns heute nochmals bestätigt. Verhandlungen hierüber haben sie abgelehnt, da sie Ihres Elternhaus und Existenz beraubt werden. Wir meinen: Unser Bürgermeister und Behörden handeln hier skrupellos! **Bei Nichteinigung müsste ein langwieriges, mehrjähriges Enteignungsverfahren eingeleitet werden.**
- beim Verwaltungsgerichtshof liegt eine Klage der BI gegen den B2-Planfeststellungsbeschluss wegen nachgewiesener Funktionslosigkeit. Üblicherweise wartet man unter Demokraten die Gerichtsentscheidung ab, insbes. da hinter der Klage über 4300 Starnberger Bürger (vertreten durch die BI) stehen.
- selbst vom bayer. Innenministerium und der Obersten Baubehörde erhielt die BI die Zusage, dass

vor den Kommunalwahlen kein Baubeginn erfolgt. Der B2-Tunnel steht erst im Bundesverkehrswegeplan 2015 zur Entscheidung und Verkehrsminister Ramsauer kennt über die von ihm selbst initiierte Öffentlichkeitsbeteiligung die massiven Widerstände in Starnberg. Aus welcher Kasse dies finanziert werden soll ist uns schleierhaft, oder gibt es in Berlin oder Bayern eine 'schwarze' Kasse für Wahlgeschenke?

- unseres Wissens nach gibt es weder eine Werkplanung, EU-weite Ausschreibung, noch eine Auftragsvergabe. Dies wird sicher mehrere Monate beanspruchen.
- die Eigentümer im Gewerbegebiet sind allesamt gegen die Öffnung der Petersbrunner Straße, was der Bürgermeister weiß. Ihm und den Stadträten der CSU und UWG sind diese berechtigten Wünsche jedoch völlig egal. **Das ist Machtausübung nach "Gutsherrenart".**
- mit dieser vorgezogenen Baumaßnahme verlängert sich die Bauzeit um weitere 2 Jahre auf dann 8 -9 Jahre, mit erheblichen Beeinträchtigungen. Vertreten unsere Stadträte noch die Interessen ihrer Bürger?

Diese Ankündigung ist ein Angriff auf die demokratischen Spielregeln und der selbst stets immer wieder ausgerufenen Bürgerbeteiligung.

Wir sind auf der Hut und werden geeignet reagieren.

In unserer Protestnote werden wir auch ankündigen, dass wir unseren 4300 Mitgliedern empfehlen, die den B2-Tunnel befürwortenden Parteien nicht zu wählen.

Wir hoffen Ihnen hiermit die aktuelle Lage objektiv dargestellt zu haben und werden Sie auf dem Laufenden halten.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung und Ihre Vorschläge, um gemeinsam engagiert und wirksam gegen den B2-Tunnel vorzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. H-J Diesfeld
1. Vorstand

Klaus Ferstl
2. Vorstand